

FU beteiligte sich vorschnell

Das Landgericht Berlin hat am 22.01.2002 die laufende Rasterfahndung für rechtswidrig erklärt und damit eine Beschwerde dreier Studenten sowie der Humboldt-Universität angenommen. Die Beschlüsse des Amtsgerichts Tiergarten (20./21.09., 26.09., 24.10.2001), mit denen die Rasterfahndung auf Antrag des Landeskriminalamts genehmigt wurde, wurden aufgehoben.

Das Urteil wirft nicht nur ein schlechtes Licht auf die Polizeibehörden, sondern auch auf die Universitäten, die bis auf wenige Ausnahmen widerspruchslos die Daten ihrer Studierenden herausgaben.

Die FU Berlin hat sogar noch nicht einmal einen - gesetzlich zwingend notwendigen - Gerichtsbeschluss abgewartet, sondern dem LKA die für die Rasterfahndung angeforderten Daten bereits am 17. September, also drei Tage vor der gerichtlichen Genehmigung, übermittelt.

Das Landeskriminalamt hat sich auf eine „gegenwärtige Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leib, Leben oder Freiheit einer Person“ nach § 47 ASOG berufen. Die angebliche Gefahr eines Anschlags in der BRD wurde vom LKA schon durch die Erklärung der uneingeschränkten Solidarität mit der US-Regierung bzw. den späteren Kriegseintritt der BRD angenommen. Diese Begründung wurde vom Amtsgericht Tiergarten fast kommentarlos übernommen. Das Landgericht Berlin stellt demgegenüber fest, dass die vorgebrachten Gründe des LKA „trotz monatelanger intensiver Fahndung über Mutmaßungen nicht hinaus(gingen)“. In seiner Urteilsbegründung beruft sich das Landgericht außerdem auf wiederholte Erklärungen der Bundesregierung und des Bundesinnenministeriums, es bestünden keine Anzeichen für geplante Anschläge in der BRD. Trotz dieser von Anfang an offensichtlichen Widersprüche wird seit Anfang Oktober eine bundesweite Rasterfahndung durchgeführt, die gera-

de auch von Bundesinnenminister Schily propagiert wurde.

Das Urteil des Landgerichts Berlin beweist, dass der Widerstand gegen die Rasterfahndung auch aus juristischen Gründen berechtigt war. Die bundesweite Rasterfahndung wurde nur durch eine äußerst fragwürdige Auslegung der Polizeigesetze der Länder ermöglicht. Sie stellt eine massive Verletzung persönlicher Freiheiten und des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung dar und hat nicht zuletzt die rassistische Stigmatisierung von Menschen arabischer Herkunft bzw. islamischen Glaubens verstärkt. Zudem darf bezweifelt werden,

dass sie tatsächlich dem Zweck der Terrorismusbekämpfung dienen soll. In Brandenburg beispielsweise will die Polizei laut Medienberichten die gesammelten Daten auch für andere Zwecke nutzen. Die Gerichte anderer Bundesländer werden sich dem Urteil des Landgerichts Berlin anschließen müssen, soll nicht der Eindruck entstehen, dass im Zuge des „Kampfs gegen den Terror“ auch die Unabhängigkeit der Justiz stillschweigend abgeschafft wurde.

Eigentlich müsste die Rasterfahndung jetzt sofort gestoppt und alle gesammelten Daten bei der Polizei gelöscht werden.

Innensenator Körting hat allerdings Berufung eingelegt und angekündigt, sich vorerst über das Urteil hinwegzusetzen und nur die Daten der drei Kläger zu löschen. Diese beispiellose Arroganz können wir nicht hinnehmen!

Deshalb unterstützt der AstA potentiell betroffene StudentInnen, die gegen die Herausgabe und Speicherung ihrer Daten klagen wollen. StudentInnen, die sich durch die Rasterfahndung in ihren Rechten verletzt fühlen, können sich an die „AusländerInnen“beratung wenden. Falls Ihr wissen wollt, ob Eure Daten von der FU an die Polizei weitergegeben und dort gespeichert wurden, könnt Ihr unsere fertigen Auskunftformulare unter benutzen.



an rechtswidriger Rasterfahndung

Carl Wiemer

Krankheit und Kriminalität

Die Ärzte- und Medizinkritik der kritischen Theorie

106 Seiten • 12 Euro • ISBN 3-924627-71-1

Der medizinische Betrieb und die Tätigkeit des Arztes standen im Brennpunkt von Max Horkheimers kritischen Intentionen: beginnend mit seinen frühesten Aufzeichnungen über die Notizen der *Dämmerung*, den denkwürdigen, *Widersprüche* überschriebenen Dialog in der *Dialektik der Aufklärung* bis hin zu den vielen nachgelassenen Fragmenten, unter denen sich allein drei *Das Racket der Ärzte* überschriebene Äußerungen finden. Die ärztliche Zunft bildet den Schulfall für Horkheimers Definition des Rackets. Horkheimers Rackettheorie radikalisiert den Befund, den Max Weber einst dem Korporatismus gestellt hatte, nach der jede Berufsvereinigung auch eine Verschwörung gegen die Öffentlichkeit sei. Die gesellschaftliche Ordnung, die sich aus Rackets zusammensetzt, ist eine Spätform des Korporatismus. Die Grenzen, die diesem einst gesetzt waren, werden überschritten, wenn auf feudalistische Art Privilegien gegen Gefolgschaft getauscht werden, wenn das Racket sich auf Kosten der Allgemeinheit erhält, ohne noch äußere Kontrolle zuzulassen. Dieser Gefahr, die die Gefahr eines jeden sich selbst steuernden Systems ist, ist der Medizinbetrieb in Deutschland mittlerweile erlegen. Nichts dokumentiert dies deutlicher als der schleichende Niedergang des hiesigen Gesundheitssystems. Am Beispiel des Ärztestandes kann deshalb in idealtypischer Weise das Wesen der Herrschaft in der nachbürgerlichen Epoche studiert werden.

ca ira

verlag der initiative sozialistisches forum

Postfach 273 • 79002 Freiburg
tel.: 0761 / 389 39 • fax: 0761 / 379 49
eMail: ca-ira@t-online.de

www.ca-ira.net

Keine Atempause. Geschichte wird gemacht. Es geht voran!

Das AstA-Info kommt diesmal leider später als sonst nach den Wahlen, um über deren Ergebnisse zu berichten. Nicht einmal die sonst übliche Glosse des Chefpolemikers ist hier abgedruckt, denn dieser muss am Freitag seine MG-Positionen murrenden SeminarteilnehmerInnen präsentieren - und das soll doch überzeugend überkommen, oder?! Man muss die Leute eben dort abholen, wo sie stehen.

Aber seit wann heißt das *ND Express* denn *AstA-Info*? Gilt jetzt in Dahlem „internes Marketing“ statt Witz und Ironie? Ist der AstA nicht mehr eine Institution zur gnadenlosen Verherrlichung des Realsozialismus und der DDR? Sache, alles nur Fassade!

Weniger witzig sind allerdings auch die Dinge, über die wir sonst so in diesem Info berich-

ten, wie die Rasterung „ausländischer“ Studierender, die sich nun als gesetzeswidrig herausgestellt hat, und die neoliberale Uni-Politik des neuen Senats.

In diesem Zusammenhang fanden wir es besonders bestürzend zu erfahren, dass es auch bei den StuPa-Wahlen mehrere rassistische Vorfälle gab, in denen ausländische Studierende durch WahlhelferInnen diskriminiert und an der Wahl gehindert wurden, weil sie keinen deutschen Pass vorweisen konnten. Eine Wahlhelferin wollte sogar die Aufenthaltsgenehmigung eines langjährigen AstA-Mitglieds überprüfen. Der AstA führt Recherchen zu diesem Thema durch, um für entsprechende Konsequenzen zu sorgen. Bitte meldet Euch bei der AusländerInnenberatung, wenn Euch Ähnliches widerfahren ist.

SOZIAL- UND "ALTERNATIVE" HOCHSCHULBERATUNG DES ASTA FU

Die Sozialberatung des AstA bietet Beratung in Fragen des Arbeits- und Sozialrecht. Fragen zum Kindergeld werden ebenso beantwortet, wie Auskünfte über die Möglichkeiten einer Studienendfinanzierung. Ausserdem weist die Beratung auf die Möglichkeiten zur Erlangung von Wohngeld hin. Probleme des Mietrechts und des Studierendenstatus im Steuerrecht werden ebenfalls erläutert. Bei zunehmender sozialer Härte können wir zumindest bedingt eine Hilfestellung bieten.

Die Hochschulberatung soll die Möglichkeiten eines Studienplatzwechsels und die Erlangung eines Studienplatzes trotz unzureichender Noten für den N.C. aufzeigen. Zudem soll werden Hilfestellungen bei Problemen mit dem Prüfungsausschuss und bei ungerechter Behandlung durch Dozenten und Professoren geboten.

Die Hochschulberatung ist eine Ergänzung zu den Beratungsstellen der Freien Universität sie dient nicht der allgemeinen Orientierung des Studienverlaufs. Denn, hier gilt Kants Devise: Habe Mut dich deines Verstandes zu bedienen.

Sozial- und Hochschulberatung bis 15. Februar

Montag: 16-19 Uhr

Mittwoch: 10-12 Uhr

Freitags: 12-15 Uhr (nur Hochschulberatung)

Das **ASTA** Info wird herausgegeben vom *astafu*, Otto-von-Simson-Str. 23, 14195 Berlin. Per Telefon erreichbar unter 839091-0, per Mail unter info@astafu.de. Faxen an: 831 45 36

Aktuelle infos gibt's jeweils unter:

www.astafu.de

Auflage: 3.500
Druck: AstA-Druck
Optik: Bert Buchholz
Zeichen: astafu

IMPRESSUM

WIR WOLLEN NICHT GELD FÜR DIESE, SONDERN FÜR EINE GANZ ANDERE UNI!



OFFENER BRIEF DES ASTA DER FREIEN UNIVERSITÄT AN DEN NEUEN BERLINER SENAT

Seit die SPD-PDS-Koalition ihre Pläne bekannt gegeben hat, den Fachbereich Humanmedizin an der Freien Universität zu schließen, werden von dort aus Demonstrationen und Unterschriftensammlungen gegen diese Entscheidung organisiert. Auch der AstA der FU kritisiert die Hochschulpolitik des „roten“ Senats. Wir distanzieren uns jedoch vom anti-kommunistischen Protestspektrum, das von der neokonservativen Unileitung bis zur Jungen Union reicht. Und auch mit dem Schlagwort des „Wissenschaftsstandorts Berlin“ können wir nichts anfangen, weil wir Bildung nicht an ihrer ökonomischen Profitabilität messen wollen, sondern als einen kritischen Wert an sich begreifen. Deshalb haben wir eine kritischere, differenziertere und weniger populistische Form des Protests zu finden versucht. Die Stammtischparole des FU-Präsidenten Peter Gaehtgens, dass der rote Senat nicht gestalte, sondern nur zerstöre, war uns allen sichtbar peinlich.

Dabei war Gaehtgens selbst in den vergangenen Jahren an einer massiven Kürzungspolitik zu Lasten der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachbereiche beteiligt. Das Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft und das Institut für Soziologie sind zu einem Schatten ihrer selbst zusammengestrichen worden. Kritische Professuren, etwa am Institut für Psychologie, wurden in den letzten Jahren nicht mehr neu besetzt, und es wurden kaum mehr Lehraufträge für Themen abseits des Mainstreams vergeben. Es muss Prof. Dr. med. Peter Gaehtgens hart getroffen haben, dass sich nun die Sparmaßnahmen gegen seinen eigenen Fachbereich richten, den er zusammen mit den Naturwissenschaftlerinnen von Kürzungen weitgehend ausgenommen hatte.

Trotzdem besteht kein Grund zur Schadenfreude. Denn die Streichung des Fachbereichs Humanmedizin und die Herabstufung des UKBF zu einer städtischen oder gar privaten Klinik stellt den Status der FU als Volluniversität in Frage und ist ein weiterer Schritt in Richtung Abwicklung einer der drei großen Berliner Universitäten. Der freie Zugang zu Bildung muss ein Grundrecht bleiben, das nicht durch massiven Abbau von Studienplätzen gefährdet werden darf!

Wir werfen dem neuen Senat Phantasie- und Utopielosigkeit vor. Mit der Ausdehnung der Zwangsexmatrikulation bei Überschreitung der Regelstudienzeit auf alle Berliner Hochschulen zeigt der vermeintlich rote Senat, dass er kein eigenes linkes Projekt verfolgt. Stattdessen werden alle Studierenden auf Kosten einer selbstbestimmten Planung ihres Studiums auf die neoliberale Leistungs-ideologie verpflichtet. Die berlinweite Ermöglichung der Zwangsexmatrikulation von so genannten Langzeitstudierenden hat dabei noch nicht einmal irgendwelche Einsparungen zur Folge.

Auch bei der vollständigen Streichung des Fachbereichs Humanmedizin an der FU ist fraglich, ob so Spareffekte erzielt werden können. Außerdem sollte es einer fortschrittlichen Hochschulpolitik nicht um bloße Kürzungsmaßnahmen gehen, sondern darum, das vergessene Projekt der von den Studierenden getragenen Reformuniversität an der FU zu erneuern. 30 Jahre nach ihrer Ausrufung durch die Studierenden wäre es Zeit, der „Kritischen Universität“ endlich eine Chance zu geben. Am Fachbereich Humanmedizin hieße dies, den Studierenden auch die Kritik an der modernen Medizin und Psychiatrie, wie sie etwa in den Werken von Michel Foucault und Max Horkheimer vor-

liegt, näher zu bringen. Noch im Sommer letzten Jahres hatte der FU-Präsident demgegenüber das „Russell-Tribunal zur Frage der Menschenrechte in der Psychiatrie“ zusammen mit dem Kongress „Geist gegen Gene“ auf Zuruf einer konservativen Medizinerschaft auf dem Campus-Gelände unterbunden.

Wir fordern daher: Erhalt der Medizin als Reformstudiengang nur mit einem integrierten „Lehrstuhl für Wahnsinn“ und einem „antimedizinischen Institut“! Das wird leider mit dem jetzigen Uni-Präsidenten, der das kritische, nicht an reiner Ausbildung und ökonomischer Verwertung orientierte Bildungsideal als „esoterisch“ bezeichnete und gleichzeitig Strafanzeigen gegen die streikenden StudentInnen stellte, nicht möglich sein. Wir werden unserer Utopie einer „Befreiten Universität“ im nächsten Semester mit einer Veranstaltungsreihe zur Kritik von Medizin, Psychiatrie und den kommerziellen Life Sciences Gestalt verleihen. Bekanntlich gibt es auf dem Mediziner-Campus der FU bereits zahlreiche Unternehmensansiedlungen, bei denen der Institutsleiter als Vorstandsvorsitzender fungiert. Wir hoffen, dass der neue Senat seinem von FU-Präsident Peter Gaehtgens als Albtraum an die Wand gemalten roten Image gerecht wird und der zunehmenden Privatisierung der Bildung endlich einen Riegel vorschiebt.

ASTA FU, 22. 1. 2002

Literaturhinweise:

Carl Wiemer: Krankheit und Kriminalität. Die Ärzte- und Medizinkritik der Kritischen Theorie. ça-ira-Verlag: Freiburg 2001.

René Talbot: Sparen – geil! Das Hochschulwesen – ein offener Brief an die Berliner Ampelverhandlungsgrünen. In: junge Welt, 5.12.2001.

SEMESTERTICKET IN URABSTIMMUNG

Da nicht nur eine Mehrheit der Abstimmenden, sondern auch mehr als 10% der Gesamtheit der Studierenden sich für das Semesterticket ausgesprochen haben, kann der AstA nun das Vertragsangebot der Verkehrsbetriebe unterzeichnen. Eine Einführung zum Sommersemester ist aufgrund der längeren Verwaltungsfristen an der FU jedoch nicht mehr möglich, und zu allem Überfluss haben sich BVG und S-Bahn Berlin vor kurzem auch noch darauf geeinigt, den „Einführungspreis“ von 109 ab dem kommenden Wintersemester 2002/2003 nicht mehr anzubieten. Für alle Hochschulen, welche die Einführung des Semestertickets noch zum Sommersemester 2002 schaffen, gilt der Preis dann auch weiterhin. Die Studierenden der FU aber sollen für etwas bestraft werden, für das sie absolut nichts können.

Damit das Semesterticket am Ende nicht doch noch durch ein höheres Preisangebot der Verkehrsbetriebe vereitelt wird, hat das StuPa sich für die Zulassung einer zweiten Frage entschieden, nämlich der, ob die Studierenden auch einem Tarif in Höhe von 114 zustimmen würden. Einen solchen Preis haben die Verkehrsbetriebe für das Wintersemester angekündigt. 78% der Abstimmenden akzeptieren auch diesen – bei einer Wahlbeteiligung von gut 18%. Unseres Erachtens ist das nicht viel, wenn man bedenkt, dass es sich um ein Zwangs-

ANGENOMMEN

In der Urabstimmung über die Einführung eines Semestertickets, die vom 21. bis zum 24. Januar durchgeführt wurde, entschieden sich die Studierenden mit 87% der gültigen Stimmen für das Angebot zum Preis von 109 Euro.

ticket handelt, das von allen Studierenden halbjährlich zusammen mit den Immatrikulationsgebühren und dem Studentenwerksbeitrag überwiesen werden muss, um überhaupt zurückgemeldet werden zu können.

„Behinderte“ KommilitonInnen sind davon allerdings ausgenommen, da sie nach dem Schwerbehindertengesetz einen Anspruch auf kostenlose Beförderung haben. Andere Studierende können sich nur in Notlagen

vom Semesterticket befreien lassen. Hierfür wird ein Sozialfonds in Höhe von 3 eingerichtet, der von der StudentInnenschaft verwaltet wird.

Um das Semesterticket nicht von Anfang an mit dem Makel der Ungerechtigkeit und Willkür zu versehen, hat der AstA die Senatsverwaltung in einer Presseerklärung aufgefordert, Druck auf die Verkehrsbetriebe auszuüben, damit das Ticket auch im Wintersemester noch zu einem Preis von 109 angeboten wird. Auch Ihr könnt übrigens Euren Beitrag dazu leisten, ein teureres Ticket zu verhindern, indem Ihr eine E-Mail an die Staatssekretärin für Verkehr, Frau Krautzberger, richtet und mal nachfragt, warum die Studierenden der FU nicht dasselbe Angebot für ein Semesterticket erhalten sollen wie die Studis von TU, FHTW und FHW. Ihre E-Mail-Adresse lautet: maria.krautzberger@senstadt.verwalt-berlin.de

BERATUNGSANGEBOTE

BAföG-Beratung

Telefon: 839091-12
Mo, Mi, Do 10⁰⁰-15⁰⁰

Allgemeine Sozial- und Hochschulberatung

Telefon: 839091-13
während des Semesters:
Mo 16⁰⁰-19⁰⁰
Mi 10⁰⁰-12⁰⁰
Fr 12⁰⁰-15⁰⁰ (nur Hochschulfragen)

AusländerInnenberatung

Telefon: 839091-17
Di 12⁰⁰-16⁰⁰
Do 12⁰⁰-16⁰⁰

Behindertenberatung

Telefon: 838-56203, Fax: 83856354
Mi 10⁰⁰-15⁰⁰
Raum K 30/13 (Rostlaube),
Habelschwerdter Allee 45,
14195 Berlin

Schwulen-, Bisexuellen- und Transgenderberatung

Telefon: 839091-18
Fr 13⁰⁰-17⁰⁰
Mo 15⁰⁰-19⁰⁰

Heizelmännchen-Beratung

Telefon: 831 60 71
Mo 13³⁰-16⁰⁰
Fr 14⁰⁰-16⁰⁰

Lesbische Informationen und Service (LIS)

Telefon: 839091-22
Di 14³⁰-16³⁰

Frauenberatung

Telefon: 839091-23
Do 14⁰⁰-16⁰⁰

Rechtsberatung

Telefon: 839091-0
Fr 16⁰⁰-18⁰⁰

REFERATE

„AusländerInnen“referat

Telefon: 839091-17

Finanzreferat

Telefon: 839091-14
Kassenstunde:
Mo 12³⁰-14³⁰

Frauenreferat

Telefon: 839091-23

Lesbenreferat

Telefon: 839091-22

Schwulenreferat

Telefon: 839091-18

Internationalismus- und Antirepressionsreferat

Telefon: 839091-21

Kulturreferat

Telefon: 839091-20

Öffentlichkeitsreferat

Telefon: 839091-11

Sozialreferat

Telefon: 839091-12

Fachschaftsreferat

Telefon: 839091-15

Hochschulreferat

Telefon: 839091-10

Kommunikationsreferat

Telefon: 839091-19

Zwei Drittel der Studis wählen links!

Vom 21. bis zum 23. Januar wählten die Studierenden an der FU ihr Parlament, das StuPa. Laut dem vorläufigen Endergebnis, das am Wochenende vom Studentischen Wahlvorstand bekannt gegeben wurde, entfielen auch dieses Jahr wieder zwei Drittel der Stimmen auf linke Listen und Fachschaftsinitiativen. Damit kann die derzeitige AStA-Koalition, die sich aus der Mehrheit dieser Listen zusammen setzt, als bestätigt gelten.

21. Studierendenparlament

Ergebnisse der StuPa-Wahl vom 21.-23. Januar 2002 (ohne Gewähr)

Nr.	Kennwort	Stimmen	Sitze	+/-
Regenbogen-Listen				
18	"AusländerInnen"-Liste	109	1	(-1)
14	Unabhängige Schwule Liste (USL)	98	1	(-1)
11	Femistische Frauen Lesben Liste	104	1	
Antifa/Antira-Listen				
19	AusländerInnen gegen Rassismus	115	1	
36	Antifaschistische Liste	111	1	
24	Unabhängige Antifaschistische Liste	118	1	
Linke Listen				
15	Globalisierungskritische Liste	158	2	(+2)
	Linke Liste	0	0	(-1)
Fachschaftsinis				
	Drosophila	0	0	(-1)
	FSI Pharmazie	0	0	(-2)
	fsi Medizin	0	0	(-3)
3	Lokomotive Rohrstock (FSI EWI)	98	1	(+1)
7	FSI Informatik/Mathematik	87	1	(+1)
20	FSI PuK	128	2	
17	FSI OSI	120	1	(-1)
27	FSI GEOGRAPHIE	111	1	
5	List(e) der Vernunft - FSI Philosophie	58	1	
9	FSI Chemie/Biochemie	98	1	
29	FSI (Kunst-) Geschichte - Liste KOSER NOSTRA	103	1	(-1)
33	fsi wirtschaftswissenschaft	109	1	
6	FSI Psychologie	177	2	(-1)
22	STINGG - Germanistik	128	2	(+2)
38	FSI ROMAGERMANIE	53	1	(+1)
Linke Interessengruppen				
30	Semtix - Die Liste für's Semesterticket	222	3	(+3)
26	Langzeitstudis gegen Studiengebühren	114	1	(+1)
37	Gewerkschaftsliste Verdi & GEW	132	2	(+2)
Grüne Listen				
10	Kritische JuristInnen/AL Jura	83	1	
	ROLLENSPIELER WIDER DAS BÖSE	0	0	(-2)
28	Alternative Liste / Bündnis 90 / Grüne	331	4	
Radikaldemokratische Listen				
1	UL – Unabhängige Linke	268	3	

Juso-Listen				
13	Hochschulgruppe der JUSOS	173	2	
„Unabhängige“ FSI				
21	UNABH. FSIS: ANGL/ROMANISTIK, THEWI, FIWI	49	1	
25	Freie Naturwissenschaftler und Mathematiker	59	1	
Liberales Listen				
34	Kritische Geistes-/SozialwissenschaftlerInnen	39	1	(+1)
35	LHG – LIBERALE Hochschulgruppe	170	2	
12	Gegen Studiengebühren	122	2	(+1)
4	Initiative Semesterticket	205	2	(-2)
DEFO-Listen				
2	Graue Panther - Langzeitstudierende	22	0	
31	DEFO (Demokratisches Forum)	474	6	(+2)
Sonstige Listen				
	Academix In Dialogue (AID)	0	0	(-2)
RCDS-Listen				
23	RCDS Medizin und Naturwissenschaften	264	3	(+2)
32	RCDS an der FU	109	1	
28	RCDS Wirtschaftswissenschaft	53	1	
	RCDS Politik- und Sozialwissenschaften	0	0	(-1)
8	RCDS JURA	66	1	
	gültige Stimmen	5038	60	
	ungültige Stimmen	417		
	abgegebene Stimmen	5455		
	Wahlberechtigte	42418		
	Wahlbeteiligung	12,86%		

Urabstimmung zum Semesterticket (vorläufiges Ergebnis)

Frage 1 (Semesterticket zum Preis von 109 Euro)

	Stimmen	Prozent der Wahlberechtigten	Prozent der abgegebenen Stimmen
„Ja“	7002	16,507	87
„Nein“	1042	2,457	13
Wahlbet.		18,9636	

Frage 2 (Semesterticket auch zu einem Preis von 114 Euro)

	Stimmen	Prozent der Wahlberechtigten	Prozent der abgegebenen Stimmen
„Ja“	5969	14,072	77
„Nein“	1814	4,276	23
Wahlbet.		18,3483	
abgegebene Stimmzettel		8115	
ungültige Stimmzettel		32	
Wahlberechtigte		42418	
Gesamtbeteiligung		19,2065	



Auch der kubanische Präsident ist zu Tränen gerührt angesichts der guten Nachrichten aus dem studentischen Sektor.